

BESONDEREN

Report des Fachbereichs Besondere Dienstleistungen 2 / 0 3

100 000 gegen Sozialabbau

**Demonstration
am 1. November
in Berlin**



Mit 20 000 rechneten die Veranstalter. Mehr als 100 000 kamen und protestierten gegen den geplanten Sozialabbau. Und sie haben allen Grund dazu!

Mit einem beispiellosen sozialen Kahlschlag – verborgen hinter der neudeutschen Bezeichnung „Agenda 2010“ – will die rot-grüne Bundesregierung Arbeitnehmer/innen, Kranke, Arbeitslose und Rentner/innen zur Kasse bitten.

Weil die angeblich zu hohen Lohnnebenkosten die Wirtschaft schier zu Grunde richten, so dass die internationale Wettbewerbsfähigkeit gefährdet sein soll, wird ein Umverteilungsprogramm in Gang gesetzt, das seit Gründung der Bundesrepublik ohne Beispiel ist.

In der Krankenversicherung werden die Beiträge gesenkt. Dafür müssen die Arbeitnehmer/innen nun die Versicherungsprämien für Zahnbehandlung und das Krankengeld allein bezahlen.

Für den Arztbesuch ist ein Eintrittsgeld fällig, die Selbstbeteiligung der Kranken für Medikamente, Krankenhaus- und Kuraufenthalt wird erhöht. Die Arbeitgeber, die Apotheker und die Pharmaindustrie, mit einer derzeitigen Umsatzrendite von zehn Prozent, bleiben verschont.

Das Arbeitslosengeld wird bei längerer Arbeitslosigkeit auf Sozialhilfeniveau heruntergefahren, die Bezugsdauer gekürzt und Zumutbarkeitsgrenzen abgeschafft. Die arbeitslose Lehrerin in die Putzkolonne, der Sozialarbeiter als Handlanger auf den Bau. Zumutbar ist jede Arbeit, schließlich muss sie ja von irgendwem geleistet werden. Ein Arbeitsplatz in Hamburg, wenn man in Bremerhaven wohnt, kein Problem. Schließlich haben wir eine gut ausge-

baute Infrastruktur und eine Wegezeit von zwei bis drei Stunden, kann man für einen Arbeitsplatz doch wohl in Kauf nehmen. Wer da nicht mitmacht, dem wird die Unterstützung gestrichen. Mit Minijobs sollen sich die gebeutelten Arbeitslosen ein Zubrot verdienen dürfen.

Rentenalter rauf, Altersbezüge runter heißt die Devise für die Rentner. Die demographische Entwicklung macht es unausweichlich, lautet die Begründung. Dazu werden Prognosen über einen Zeitraum von Jahrzehnten strapaziert. Wir kennen die Halbwertszeit solcher Prognosen und wissen, was wir davon zu halten haben: Nichts. Die klugen Professoren wollen uns einreden, dass sie die Verhältnisse im Jahre 2030 vorhersagen könnten. Wahre Hells-

Fortsetzung Seite 2

her! Die durch Umlage finanzierte Rente sei nicht mehr bezahlbar, weil immer weniger Junge für immer mehr Alte arbeiten müssten, erfahren wir. Eigenvorsorge für das Alter sei deshalb das Gebot der Stunde. Wie soll das funktionieren? Sollen wir nun Mehl, Brot, Wurst, Käse und Butter fürs Alter einlagern, damit die Jungen nicht für uns arbeiten müssen? Sollen wir jetzt die Hemden und Hosen, die Töpfe und Pfannen, die Autos und Kühlschränke für das Alter in den Schuppen stellen. Nein, immer werden die Jungen die Güter erzeugen müssen, von denen auch die Alten leben.

Da spielt es keine Rolle, ob die Alten das Geld für die Beschaffung dieser Güter von der Rentenversicherung, einer Lebensversicherung oder von einem Aktienfond erhalten. Wie sicher ist denn die private Altersvorsorge? Gerade mussten die Versicherungen durch ein Milliardensteuergeschenk gestützt werden. Sie hatten sich bei den Aktienkäufen zu Boomzeiten verspekuliert und Milliarden in den Sand gesetzt. Bevor in der Bevölkerung Zweifel an der Sicherheit der privaten Vorsorge aufkommen konnte, musste den Spekulanten mit einer steuerlichen Nacht- und Nebelaktion Beistand geleistet werden. So sicher wie die privaten Geldanlagen, ist das umlagefinanzierte Rentensystem allemal.

Flexibel müsse der Arbeitsmarkt und das Arbeitsrecht werden. Kündigungsschutz, Arbeitsrecht und Tarifverträge stehen zur Disposition. Wir müssen im globalem Wettbewerb leistungsfähiger werden, um uns zu behaupten, wird uns erzählt. Deutschland ist wohl gerade deshalb Exportweltmeister geworden, weil es international nicht wettbewerbsfähig ist? Wie soll es denn weitergehen im globalen Wettbewerb? Immer niedrigere Löhne, immer längere Arbeitszeiten, immer kleinere Renten? Und weil die Menschen das nicht mehr kaufen können was sie produzieren, bauen wir gleich Bomben und Granaten, die wir dann in den Schurkenstaaten entsorgen können. Was bleibt denn für die Menschen



Zeichnung: Freimut Wössner

in den Entwicklungsländern, wenn in den hoch entwickelten Industriestaaten das Sozialsystem kaputtgemacht und Löhne und Arbeitsbedingungen heruntergefahren werden, um international wettbewerbsfähiger zu werden? Sie können ihre Bedingungen nicht verschlechtern, um wettbewerbsfähiger zu werden; sie sind schon am Verhungern. Nein, das ist keine Perspektive, die uns da angeboten wird!

Ein echter Niedriglohnsektor müsse her, wird uns gesagt. Die Unternehmer hätten dann wieder Lust zum investieren, und Arbeitsplätze würden zuhauf entstehen. Welche Niedriglöhne meinen sie? Sind die vier Euro, für die manche Wachleute 260 Stunden im Monat ihre Runde gehen, zu viel? Sind die sieben- bis achthundert Euro die eine Friseurin in Dresden als Vollzeitkraft brutto verdient zu hoch? Auf welches Niveau sollen die Löhne denn noch gesenkt werden?

Die Arbeitszeiten müssten ohne Lohnausgleich verlängert werden, fordert die Vorsitzende der CDU, Angela

Merkel, bei über vier Millionen Arbeitslosen in Deutschland. Andere fordern schon die Einführung der 48-Stunden-Woche. Sollen denn noch weniger Arbeitnehmer noch mehr arbeiten? Der ehemalige Arbeitsminister Walter Riester schlägt eine Stunde Mehrarbeit pro Woche für die Altersvorsorge vor. Eine Stunde Mehrarbeit in der Woche pro Arbeitnehmer/in bringt bei circa 35 Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zusätzlich 140 Millionen Arbeitsstunden pro Monat. Rein rechnerisch ein Arbeitsvolumen für mehr als 800 000 Arbeitnehmer/innen deren Arbeitsplätze zur Disposition ständen. Warum soll diese Arbeit – wenn sie denn vorhanden sein sollte – nicht von den derzeitigen Arbeitslosen geleistet werden? Noch vor nicht zu langer Zeit hat Kollege Riester die IG-Metall-Streiks für die 35 Stunden Woche organisiert. Verkürzung der Arbeitszeit zur Sicherung der Arbeitsplätze war die Begründung.

Für Sachsens ehemaligen Ministerpräsidenten Kurt Biedenkopf (CDU) sind US-amerikanische Verhältnisse ein Vorbild. Dort „verdienen 20 Prozent der Beschäftigten mit ihrem Hauptjob ein Einkommen unterhalb unseres Sozialhilfeniveaus. Sie müssen deshalb oft mehr als einen Arbeitsplatz haben oder von ihrem Familienverbund mitgetragen werden“, erklärte er in einem Interview (Der Spiegel 41/2003). Auf die Frage, ob dies seine Zukunftsvision für Deutschland sei, stellte er unmissverständlich klar, dies sei keine Vision, sondern zukünftige Notwendigkeit.

Wohin die Reise geht, wissen wir also. Wenn wir mit dem Ziel nicht einverstanden sind und diese Reise nicht mitmachen wollen, müssen wir uns wehren. Die Zumutungen, die uns als Perspektive verkauft werden, müssen wir verhindern. Dafür müssen wir auch öffentlichen Druck machen und auf die Straße gehen. Der 1. November in Berlin kann nur der Anfang sein. Wir müssen weitermachen!

Wilhelm Zechner

Weiterhin auf Kurs



Liebe Kolleginnen und Kollegen,

„wegen Umbau geöffnet“, so lautete ein griffiger Slogan im ver.di-Gründungsjahr 2001. Von diesem Umbau war der Fachbereich 13, Besondere Dienstleistungen, mit seinen sieben heterogenen Fachgruppen in besonderer Weise betroffen.

Am Ende dieses sehr arbeitsreichen Jahres 2003 können wir feststellen, dass wir trotz des hohen Abstimmungsbedarfes in diesem Fusionsprozess in kurzer Zeit professionelle Arbeitsstrukturen entwickelt haben. Die gute Resonanz auf unsere Arbeit, wie sie jüngst während dem ver.di-Bundeskongress zu spüren war, und die Tatsache, dass wir in einigen Fachgruppen eine positive Mitgliederentwicklung verzeichnen können, zeigt uns: wir befinden uns auf dem richtigen Weg.

Wir erleben gegenwärtig mit der „Agenda 2010“ der Bundesregierung einen Sozialabbau in Deutschland von nie gekanntem Ausmaß. Gleichzeitig findet eine medial vernetzte Kampagne gegen die Gewerkschaften statt, mit dem Ziel, die grundgesetzlich geschützte Tarifautonomie in Frage zu stellen und die Gewerkschaften als „Plage“ und als Blockierer zu diffamieren.

Prominente Vertreter aus Politik und Wirtschaft finden insbesondere in den elektronischen Medien eine breite Plattform, um die reale gewerkschaftliche Tarifarbeit nach ihren Interessen zu verzerren. Gegen diesen Mainstream anzukämpfen ist eine Aufgabe oberster Priorität und auch Ziel dieses Reports. Politisch hochbrisant wird die gesamte Debatte dadurch, dass die anstehenden arbeitsmarkt- und sozialpolitischen „Reformen“ vielerlei Gelegenheit zu Tauschgeschäften zwischen Regierungskoalition und Opposition bieten. Das Aushöhlen der Tarifautonomie ist eine reale Gefahr und von uns allen ist äußerste Wachsamkeit gefordert.

Vor dem Hintergrund dieser verschlechterten Rahmenbedingungen müssen wir unsere Fachbereichsarbeit gemeinsam progressiv mit viel Engagement weiterentwickeln. Schwerpunkt unserer Arbeit wird es auch im Jahr 2004 sein, unsere tarifpolitische Durchsetzungsfähigkeit zu steigern und mehr Effizienz des Ressourceneinsatzes herzustellen. Darüber hinaus werden wir unsere Arbeit noch mehr publizieren, Info-Netzwerke aufbauen, den internationalen sozialen Dialog forcieren und weiterhin mit Fachkompetenz betriebliche und regionale Präsenz gewährleisten.

Nach mehr als zweijähriger Kärnerarbeit ist es im Bereich Call-Center gelungen mit dem Marktführer walter TeleMedien Holding einen Rahmentarifvertrag abzuschließen. Erstmals konnte ver.di dadurch wesentliche Verbesserungen bei der Arbeitszeit, der Vergütung und der Entgeltfortzahlung durchsetzen. In diesem Report wird darüber ausführlich berichtet.

Dorothea Müller

Leiterin des Fachbereichs
Besondere Dienstleistungen

INHALT

TITELGESCHICHTE

Demonstration
am 1. November
in Berlin
Seiten 1 und 2

Aus dem
Geschäftsbericht
Seiten 9 bis 12

Touristikbranche
in der Krise
Trends und wirtschaftliche
Entwicklung sind
genau
Seite 11

Steigende Tendenz
Verträge mit
der Zeitarbeitsbranche
Seite 12

ver.di

IMPRESSUM

Der **ver.di**-Report die Besonderen
Nr. 2, November 2003

Herausgeber: Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di),
Fachbereich Besondere Dienstleistungen,
Potsdamer Platz 10, 10785 Berlin,
v. i. S. d. P.: Frank Bsirske,
Dorothea Müller

Verantwortlicher Redakteur:
Dietmar Rothwange

Internet: www.verdi.de

Herstellung+Druck:
apm AG Darmstadt,
Kleyerstr. 3,
64295 Darmstadt

Layout: Sabine Klapper,
Uwe Junk

Titelfotos: Christian von Polentz/transit

Gewählt

Während dem ver.di-Bundeskongress wurde Dorothea Müller, Leiterin des Bundesfachbereichs Besondere Dienstleistungen, mit 83,1 Prozent der abgegebenen Stimmen in den Bundesvorstand gewählt.

Claudia Wörmann-Adam



Fotos: Christian Jungebloth



Bernd Steuber

Für den Bundesfachbereich wurden in den Gewerkschaftsrat gewählt: Die Vorsitzende Claudia Wörmann-Adam, Betriebsratsvorsitzende bei der KölnMesse GmbH, und Bernd Steuber, Vorsitzender des Betriebsrats TUI-Deutschland, Standort Wuppertal.

Zoff beim TÜV Süddeutschland

Demonstration hatte Erfolg: Tariferhöhungen



In diesem Jahr fand zum ersten Mal in der Geschichte des TÜV Süddeutschland eine Demonstration vor dem Hauptsitz in München statt. Eine schwierige Tarifrunde ist der Hintergrund dafür. Die Arbeitgeber haben versucht, ihre Vorstellung einer Tariferhöhung durchzu-



Fotos: FB

Schufa behindert Betriebsrat Abmahnung und Kündigungsbegehren

Das Klima zwischen Arbeitgeber und Betriebsrat bei der Schufa in Bochum ist vom Arbeitgeber dramatisch verschlechtert worden.

Die Liste der Behinderungen der Betriebsratsarbeit durch die Arbeitgeber wird immer länger, die der Abmahnungen von Betriebsratsmitgliedern auch.

Die Arbeitgeber sind gewissermaßen konsequent, denn sie lassen den Abmahnungen jetzt das

fristlose Kündigungsbegehren gegen den Betriebsratsvorsitzenden Klaus Albuszat folgen.

Wir bleiben dran an der Sache, weil wir meinen, dass solche Vorgänge Öffentlichkeit brauchen.

In unserer nächsten Ausgabe werden wir deshalb den unerträglichen Angriffen der Arbeitgeber in der Schufa breiteren Raum widmen und die betroffenen Betriebsräte zu Wort kommen lassen.

Gerald Richter

setzen nach dem Motto: „Tarifdiktat anstelle von fairen Verhandlungen“.

Der Widerstand und der Protest der Kolleginnen und Kollegen hat sich gelohnt. In einer weiteren Verhandlungsrunde konnte eine Einigung mit einer Tariferhöhung zum 1. April 2003 um 2,7 Prozent und zum 1. August 2004 um 1,8 Prozent sowie eine Einmalzahlung in Höhe von 150 Euro für die Vergütungsgruppen bis einschließlich E und von 100 Euro für die Vergütungsgruppen F bis H erzielt werden. Die Tarifkommission bedankt sich für die kritische Begleitung und vielfältige Unterstützung.

Dietrich Schallehn

Individuelle Altersvorsorge

Erster Vertrag in der Zeitarbeitsbranche

Seit dem 1. Januar 2003 können alle Stammbeschäftigten und Leiharbeitnehmer/innen bei Start Zeitarbeit in Nordrhein-Westfalen von der Altersvorsorge profitieren. Zusammen mit der u.di-Unterstützungskasse und dem Versorgungswerk für den Dienstleistungsbereich hat ver.di den ersten Tarifvertrag Altersvorsorge in der Zeitarbeitsbranche abgeschlossen.

Der Tarifvertrag Altersvorsorge ist nicht nur einmalig in der Zeitarbeitsbranche, er enthält zudem viele Besonderheiten, die erstmals tarifiert werden konnten.

So erhalten alle Mitarbeiter/innen, ob Stammbeschäftigte, Leiharbeitnehmer/innen oder Auszubildende vom ersten Tag der Beschäftigung an die Altersvorsorge. Selbst die Ehe-

partner/innen bzw. Lebenspartner/innen sind mitversichert. Die Unverfallbarkeit gilt vom ersten Tag an.

Wegen der überaus hohen Fluktuation in der Zeitarbeitsbranche konnten wir beim Ausscheiden aus dem

Betrieb verschiedene Möglichkeiten vereinbaren. Die angesparten Beiträge werden auf den neuen Arbeitgeber übertragen; man kann sie ruhen lassen; man kann selbst Beiträge einzahlen. Auf Wunsch des/der

Kollegen/in kann die vermögenswirksame Leistung umgewandelt werden.

Die eingesparten Sozialversicherungsbeiträge des Arbeitgebers werden zu 50 Prozent an die Beschäftigten weitergegeben.

Über die biometrischen Risiken, wie Altersrente, Hinterbliebenenabsicherung, Erwerbsminderungschutz, entscheiden der/die Beschäftigten selbst. Die Beratung wird individuell von u.di im Betrieb vorgenommen. □



Hat gut lachen: Die Verhandlungskommission

Raus aus der Schmutzdecke

Höhere Einkommen in der Zeitarbeitsbranche

Unter dem Motto „Zeitarbeit quo vadis?“ wurde vom Leiter des Innovationsprojektes Zeitarbeit in Nordrhein-Westfalen und Hessen, dem Kollegen Thomas Wenzel, eine Podiumsdiskussion organisiert, die am 13. Oktober 2003 in Frankfurt am Main stattgefunden hat.

Es kamen etwa 50 Beschäftigte und Betriebsräte aus Zeitarbeitsunternehmen, aber auch Arbeitgeber aus der Branche waren vertreten.

Die Veranstaltung zeigte, dass es einen großen Dis-

kussionsbedarf zur Arbeit in Zeitarbeitsunternehmen, zur Umsetzung der Branchentarifverträge des DGB und zur Wahl von Betriebsräten gibt.

Immerhin ist die Zahl der Beschäftigten allein in Hessen von 18 000 im Jahr 1998 auf rund 42 000 gestiegen und in der Zukunft werden die Beschäftigtenzahlen weiter steigen, denn Zeitarbeit tritt weiter aus der Schmutzdecke heraus. Auch ver.di wird sich künftig für die weitere Verbesserung der Arbeitsbedingungen der

Beschäftigten einsetzen.

Vom 1. Januar 2004 an werden die Beschäftigten der Unternehmen des Bundesverbandes Personaldienstleistung Zeitarbeit (BZA) und des Interessenverbandes Deutscher Zeitarbeitsunternehmen (iGZ) grundsätzlich höher bezahlt, so wird ein ungelerner Helfer mit mindestens 6,85 Euro entlohnt und ein Facharbeiter mit bis zu 15,50 Euro.

Kritisiert wurde auch der Tarifabschluss des Christlichen Gewerkschaftsbund

(CGB), der sich mit zwei regionalen Arbeitgeberverbänden auf Tarifverträge geeinigt hat, die eine Öffnungsklausel nach unten zulassen.

In Auswertung der Veranstaltung wird ver.di wegen der großen Resonanz in Zusammenarbeit mit regionalen Tageszeitungen in Hessen Diskussionsforen anbieten, um die Beschäftigten der Zeitarbeitsbranche bei Problemen in ihren Unternehmen hilfreich zur Seite zu stehen.

Wolfgang Hartig

Jetzt endlich ist es geschafft

Rahmentarifvertrag bei walter TeleMedien Holding

Der Weg zum Ziel war lang und manchmal auch holprig, aber wir sind letztendlich angekommen. Und wir haben dabei neue, für Tarifverhandlungen unkonventionelle Wege beschritten.

So haben wir in einer kleinen Arbeitsgruppe unter „Ausschluss der Öffentlichkeit“ nicht nur gestritten, sondern gelernt miteinander zu reden und nach Lösungen zu suchen, die den Beschäftigten etwas bringt, aber auch die Firma leben lässt.

Hier die wichtigsten Punkte:

- Die künftige individuelle Jahresarbeitszeit wird auf Basis der **tatsächlichen Arbeitszeit** vom 1. Juli 2002 bis 30. Juni 2003 festgestellt und arbeitsvertraglich vereinbart (keine „Von-bis“-Verträge mehr);
- auf Basis dieser individuellen Jahresarbeitszeit wird ein **monatlich gleichbleibendes Grundgehalt** gezahlt;
- Schwankungen der individuellen Arbeitszeit werden in einem **Jahresarbeitszeitkonto** erfasst und haben so keine unmittelbaren Auswirkungen auf das monatliche Einkommen mehr;
- eindeutige Regelungen zur Verfahrensweise der **Entgeltfortzahlung** bei Krankheit, Urlaub und an Feiertagen;
- **Zuschlag von 100 Prozent für Arbeit an Feiertagen**, alle anderen bisher gewährten Zuschläge bleiben weiter bestehen;
- 26 Tage Urlaub, von 2008 an 27 Tage;
- weitere bezahlte Freistellungen für diverse Anlässe;
- Festschreiben der gesetzlichen Kündigungsfristen.



Oxoxo xo xo xo xo

Foto: FB

Das Ergebnis der Verhandlungen ist – wie immer bei Tarifverträgen – ein Kompromiss für beide Seiten. Auch

wenn damit für die Beschäftigten sicher nicht alle Wünsche erfüllt wurden, ist es doch ein erster, wichtiger Schritt zu mehr Rechtssicherheit und zur Transparenz der Arbeitsbedingungen. Denn: Auf alle tariflichen Regelungen und Leistungen besteht Rechtsanspruch, den ver.di-Mitglieder auch durchsetzen können!

Herzlichen Dank an dieser Stelle allen Kolleginnen und Kollegen, die uns begleitet und unterstützt haben. □

Durchbruch in der Call-Center-Branche

Zum Tarifabschluss walter TeleMedien Holding

Der Tarifvertrag ist der erste seiner Art in branchenunabhängigen Call-Centern. Er ist auch insofern ein Durchbruch, da man in dieser Branche als Gewerkschaft kaum „einen Fuß in die Tür bekommt“, in den Betrieben von geregelten Arbeitsbedingungen kaum die Rede sein kann.

Im Verlauf der fast zweijährigen Verhandlungen verabschiedete sich die Unternehmensleitung nicht nur

von ihrer totalen Ablehnung und Vorurteilen gegenüber Gewerkschaften, sondern akzeptiert ver.di nunmehr als innovativ und konstruktiv.

Ein wesentliches Ergebnis des Tarifabschlusses ist, dass die Beschäftigten nun mit einem festen Einkommen rechnen können, auch wenn die Auftragslage saisonbedingt schlecht ist. Bisher rutschten viele teilweise unter das Sozialhilfeniveau. Schwankungen im Call-Aufkommen werden jetzt über

ein Jahresarbeitszeitkonto ausgeglichen.

Arbeitsunfähigkeit und Feiertage werden zukünftig „regulär“ bezahlt. Durch fehlende oder unkorrekte Einsatzplanung (KAPOVAZ) kam es in vielen Fällen dazu, dass Ausfallzeiten wegen Krankheit nicht nur nicht bezahlt wurden, sondern nachgearbeitet werden musste.

Die Verhandlung eines Vergütungstarifvertrages ist vereinbart. □

Trotz Rückschlägen weiter machen

Bewacher und Friseure in Sachsen-Anhalt

Jetzt nicht aufgeben, so die Position der Mitglieder der ver.di-Tarifkommission Wach- und Sicherheitsgewerbe Sachsen-Anhalt, weiter machen und am Ziel festhalten einen Flächentarifvertrag abzuschließen.

Wir haben einen Rückschlag erlitten, weil sich der Arbeitgeberverband entschieden hat, nicht mit ver.di die Tarifverhandlungen aufzunehmen. Wir waren guten Mutes, dass die Arbeitgeber in Sachsen-Anhalt endlich begreifen, dass wir einen Tarifvertrag brauchen, der dazu beiträgt, die Arbeits- und Einkommensbedingungen deutlich zu verbessern.

Wir haben angenommen, dass die Arbeitgeber endlich ernster meinen, dem Lohndumping in dieser Branche entgegenzuwirken und bei der Auftragsvergabe dem Rennen um das billigste Angebot gemeinsam den

Kampf anzusagen.

Gerade der öffentliche Auftraggeber hat eine Verpflichtung bei der Vergabe eine dauerhafte, gemeinwohlverträgliche und qualitativ auf hohem Niveau stattfindende Sicherheitseistung sicher zu stellen. Ein rein haushaltsrechtlich motiviertes Vergabeverständnis, das vorwiegend den Angebotspreis berücksichtigt, ist nicht mehr hinzunehmen und erschwert außerdem den bereits erreichten Qualitätsstandard dieser Branche, von den Folgen ganz abzusehen.

Offensichtlich haben die Arbeitgeber aber an all dem kein Interesse, wie soll man sonst ihr Verhalten interpretieren? Jetzt nicht resignieren, sondern mit dazu beitragen unsere Reihen zu stärken! Ihr, die ver.di-Mitglieder aus der Wach- und Sicherheitsbranche spricht mit euren Kolleginnen und Kolle-

gen darüber, fragt sie, ob sie bereit sind, als zukünftiges ver.di-Mitglied die Tarifkommission zu unterstützen.

Das gleiche gilt für die ver.di-Mitgliedschaft im Friseurhandwerk Sachsen-Anhalt. Das in der ersten Tarifverhandlung unterbreitete Angebot der Arbeitgeber, den Tarifvertrag von 1998 wieder in Kraft zu setzen, kann nicht unser gemeinsamer Wille sein. Bei einem monatlichen Grundlohn in Vollbeschäftigung von 613 Euro und einer Ausbildungsvergütung im ersten Jahr von 153 Euro ist Altersarmut programmiert, da hilft auch eine Leistungs- und Umsatzbeteiligung nur wenig und immer mehr junge Menschen verlassen Sachsen-Anhalt.

Weitere Informationen unter den Telefonnummern 03 91/28 88 99-20/22 oder 03 91/28 88 88-22.

Christel Tempel

Tausend neue Mitglieder

Projekt für Bewachungsgewerbe erfolgreich

Etwa 60 Betriebsräte aus dem Bewachungsgewerbe diskutierten am 29. September 2003 in Leipzig darüber, wie mit gemeinsamen Strategien Lohndumping in der Branche wirksam entgegengetreten werden kann.

Löhne von 3,98 bis 4,50 Euro pro Stunde, Arbeitszeiten von 250 bis 300 Stunden im Monat, um dann mit 750 Euro abgespeist zu werden, das schreit geradezu nach Widerstand. ver.di sorgt mit dem Projekt „Mit-

gliedergewinnung im Bewachungsgewerbe in den neuen Bundesländern“ dafür, dass die Bewacher in Ostdeutschland eine Stimme bekommen haben.

Das Projekt, das erst im Frühjahr 2003 so richtig angelaufen ist, zeitigt jetzt Erfolge. Wir kommen besser an die Kollegen ran, haben gute Argumente und die zur Verfügung gestellten Materialien wie ein Flugblatt oder der beliebte Kalender sind dabei sehr hilfreich. Inzwischen werden

die Dinger sogar im Westen „abgekupfert“. Wir müssen mit unseren Veranstaltungen künftig mehr in die Öffentlichkeit, dürfen nicht so sehr im eigenen Saft schmoren, so der Tenor der Veranstaltung.

Die Teilnehmer haben einstimmig eine Resolution verabschiedet, in der eine Weiterführung des Projektes gefordert wird. Schließlich sind die mehr als 1000 neuen Mitglieder, die seit 2003 hinzugewonnen wurden, ein guter Anfang. **Gerald Richter**

Kein »Blick zurück im Zorn«

Tarifkoordination im Bewachungs- gewerbe

Die abgelaufene Tarifrunde in der Bewachung zu analysieren, die nächsten Verhandlungen vorzubereiten sowie mittel- und langfristige Ziele in der Tarifarbeit zu diskutieren, das war Aufgabe einer Arbeitsgruppe, die sich am 8. und 9. Oktober 2003 in Berlin traf. Vertreten waren die Verhandlungsführer und Mitglieder der Tarifkommissionen der ver.di-Landesbezirke.

13 Landesbezirke mit unterschiedlichen Bedingungen in den Tarifverträgen, teils gravierendem Gefälle bei den Löhnen und verschiedenen Auffassungen über die Möglichkeiten und Grenzen von Tarifkoordination.

Zwei Tage sachlicher Dialog ermöglichten eine gründliche Analyse der Tarifbewegung 2003 mit all ihren Stärken und Schwächen. Keine Schuldzuweisungen, kein „Blick zurück im Zorn“, sondern die Erkenntnis, dass es an der Zeit ist, dem abgestimmten Auftreten der Arbeitgeber in den Tarifverhandlungen einheitlich und geschlossen entgegen zu treten.

Gerald Richter

Damit die **Sonne** wieder scheint

Fachgruppe Touristik will neue Mitglieder gewinnen

Die schönsten Wochen des Jahres“ oder einfach „Schöne Ferien“ – bekannte Slogans großer deutscher Pauschalreiseveranstalter – das ist das, was 75 000 Kolleginnen und Kollegen in Reisebüros und bei Reiseveranstaltern verkaufen, die bei ver.di in der Fachgruppe Touristik im Fachbereich Besondere Dienstleistungen organisiert sind.

Auch Flugtickets, Bahnfahrkarten, Hotelreservierungen, Mietwagen und manches mehr, was Reisende privat oder geschäftlich brauchen gehören zum Sortiment einer Branche, die fast ein halbes Jahrhundert nur Zuwächse verzeichnete.

Die Ferienreise wurde in der Vergangenheit nicht verschoben wie der Kauf neuer Möbel oder eines neuen Autos; auch in wirtschaftlich schlechteren Zeiten war Geld für den Urlaub da.

In den vergangenen fünf, sechs Jahren begann ein Prozess der Konzentration auf europäischer Ebene, bei der einige Konzerne die Ausschöpfung der sogenannten Wertschöpfungskette (eigene Flugzeuge, eigene Hotels, eigene Reisebüros usw.) als Zukunftsmodell betrachteten. Viel Geld wurde investiert, Märkte sollten gesichert werden.

Doch dann kamen der 11. September 2001, Kriegsangst, Terroranschläge, die Lungenkrankheit SARS. Die Kunden warteten ab, entdeckten Nahziele statt Flüge in die Sonne. Die Reiseveranstalter mussten

Preise senken, um nicht auf Flugsesseln und Hotelbetten „sitzen zu bleiben“; „Last minute-Schnäppchen“ reduzierten den Gewinn. Low cost-Carrier und ein starker Anstieg von Internet-Buchungen verändern außerdem das Geschäft.

Vor zwei Jahren begannen in der Touristik Sparmaßnahmen, die auch bei den Personalkosten nicht Halt machten. Öffnungsklauseln in den Tarifverträgen, die ver.di mit der Tarif-

gemeinschaft des Deutschen Reisebüro und Reiseveranstalter Verbandes abgeschlossen hat, wurden genutzt, um Arbeitsplätze zu sichern.

Die Betriebsräte in der Branche kamen allerdings nicht zur Ruhe: Betriebsvereinbarungen und Sozialpläne regeln mittlerweile in den großen Unternehmen wie TUI, Thomas Cook und REWE-Touristik den Abbau von Stellen in allen Bereichen. Ausgliederungen sind an der Tagesordnung, Betriebseinheiten wurden geschlossen.

Prognosen sagen, die Touristik bleibt eine Wachstumsbranche. Damit auch für die Kolleginnen und Kollegen dabei wieder die Sonne scheint ist die Stärkung der Fachgruppe Touristik durch Gewinnen neuer Mitglieder und hauptamtliche Unterstützung notwendig.

Bernd Steuber

